

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1637

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1637



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

MEDIENKONFERENZ VOM 25. OKTOBER 2018

Paul Rechsteiner, Präsident SGB

Wirtschaftlicher Aufschwung für gerechtere Verteilung nutzen

Mit dem Verteilungsbericht 2018 legt der Schweizerische Gewerkschaftsbund eine aktualisierte Bilanz der verteilungspolitischen Entwicklung der letzten Jahre vor. Diese ergibt ein sehr durchzogenes Bild.

Bei den Löhnen kann positiv bilanziert werden, dass es gelungen ist, bei den tiefen Löhnen Aufholprozesse einzuleiten. Zur positiven Bilanz der letzten Jahre gehört auch, dass unter schwierigen Bedingungen wie der massiven Überbewertung des Schweizer Frankens dem starken Druck auf die Schweizer Löhne standgehalten werden konnte. Die Zahl der Gesamtarbeitsverträge und auch der allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträge konnte im Unterschied zur negativen Entwicklung in verschiedenen europäischen Ländern erhöht werden.

Kritischer muss vermerkt werden, dass die hohen und höchsten Löhne weiterhin überproportional zugelegt haben. Inzwischen gibt es in der Schweiz rund 14'000 Personen mit einem Salär von über einer halben Million Franken. Ein immer grösserer Teil des wirtschaftlichen Erfolgs wird begünstigt durch die Individualisierung der Lohnpolitik und eine grassierende Boni-Kultur durch die hohen und höchsten Einkommen abkassiert.

Krass ist die Ungleichheit der Vermögensentwicklung. Hier hat das reichste Prozent seinen Anteil an allen Vermögen innert nur zehn Jahren um mehr als 6% von 35.4% auf 41.9% gesteigert. Das ist auch im internationalen Vergleich bedenklich. Im Gegensatz zur Einkommensungleichheit belegt die Schweiz bei der Vermögensungleichheit einen Spitzenplatz.

Zu den einkommenspolitischen Fehlentwicklungen gehört die Belastung mit Krankenkassenprämien. Die Prämienbelastung ist in den letzten 20 Jahren real um 115% gestiegen. Die Prämienverbilligungen dagegen um nur 32%. Das bedeutet nichts anderes, als dass die Prämienbelastung für viele mit bescheidenen Einkommen, aber auch für viele Familien mit Kindern untragbar geworden ist. Mit der stärkeren Belastung der tieferen und der Durchschnittseinkommen durch Krankenkassenprämien und Mieten kontrastieren die Steuererleichterungen der letzten 20 Jahre, die den hohen und sehr hohen Einkommen zugutegekommen sind.

Wichtigster Faktor für eine gerechtere Einkommensverteilung ist die Lohnentwicklung. Die Ausgangslage dafür ist grundsätzlich günstig, weil der Wirtschaftsaufschwung seit 2016 inzwischen gut konsolidiert ist. Abgesehen von der Produktivitätsentwicklung und von der wieder einsetzenden Teuerung gilt es für die kommenden Lohnrunden auch den inzwischen aufgestauten Nachholbedarf zu berücksichtigen. Wichtig ist es, dass es endlich wieder zu substantziellen Lohnrunden für die Normalverdienenden kommt.

Dass sich die Lehre lohnt, darf nicht einfach an einer im internationalen Vergleich erfolgreichen und nach oben durchlässigen Berufslehre liegen. Eine Berufslehre muss sich auch finanziell lohnen. Hier besteht lohnpolitisch ein besonderer Nachholbedarf. Dies gilt insbesondere auch für langjährige Berufsleute, die im Vergleich lohnmässig stehen geblieben sind.

Gute Löhne für die Normalverdienenden sind auch für eine ausreichende Altersvorsorge entscheidend. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Pensionskassenrenten für ältere Berufsleute trotz steigender Beitragslast immer schlechter werden. Das wird verteilungspolitisch zu einem grösseren Problem, wenn nicht rechtzeitig Gegensteuer gegeben wird. Denn die Gegensätze bei der Einkommensverteilung steigen schon heute mit dem Eintritt ins Rentenalter noch einmal stark an.

Zweites Handlungsfeld sind die Krankenkassenprämien. Von der politischen Vorgabe bei Einführung des neuen Krankenversicherungsgesetzes im Jahre 1996, wonach Haushalte nicht mehr als 8% des Budgets für Prämien aufbringen sollten, sind wir weit entfernt. Als Nahziel politisch anzustreben ist eine Belastungsgrenze von maximal zehn Prozent des Einkommens, wie das neu durch eine Volksinitiative gefordert wird.

Schliesslich muss dafür gesorgt werden, dass die steuerpolitische Begünstigung der hohen Einkommen korrigiert wird. Gute und erschwingliche öffentliche Dienstleistungen sind auch einkommenspolitisch eine entscheidende Vorgabe gegen die grassierende Einkommens- und Vermögensungleichheit.

Der wirtschaftliche Aufschwung muss dazu genutzt werden, wieder eine positive Dynamik für die Normalverdienenden einzuleiten. Lohnpolitisch, mit guten Gesamtarbeitsverträgen und politischen Massnahmen bei den Krankenkassenprämien und den Steuern, die sich wieder an den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung mit unteren und mittleren Einkommen ausrichten.



SGB-Medienkonferenz zum Verteilungsbericht
Bern, 25. Oktober 2018

**Die Gewerkschaft.
Le Syndicat.
Il Sindacato.**

Vania Alleva, Präsidentin Unia

Mindestlöhne und generelle Lohnerhöhungen gegen die Einkommensschere!

Die Einkommensschere hat sich seit der Jahrhundertwende drastisch geöffnet. Der Kampf der Gewerkschaften für generelle Lohnerhöhungen und Mindestlöhne kann diese verhängnisvolle Entwicklung stoppen.

Meinen Beitrag zur Medienkonferenz möchte ich diesmal mit einer positiven Nachricht eröffnen: Im Unterschied zu vielen anderen Ländern in Europa sind in der Schweiz die tiefsten Löhne deutlich seit der Jahrhundertwende gestiegen. Und trotz Finanzkrise und Frankenüberbewertung erhöhten sich die Löhne insgesamt. Die Arbeitgeber blieben mit ihren Angriffen auf das Lohnniveau in der Regel erfolglos.

Höhere Löhne dank GAV und Mindestlohn-Initiativen

Das hängt zentral mit dem Engagement der Gewerkschaften zusammen. Ende der 1990er Jahre starteten wir die Kampagne «Keine Löhne unter 3'000 Franken». Diese trug zur gesellschaftlichen Sensibilisierung in der Frage der tiefsten Löhne bei. Die Volksinitiative für einen gesetzlichen Mindestlohn von 4'000 Franken scheiterte zwar 2014 an der Urne, setzte aber Massstäbe. Vergleicht man die Mindestlöhne für ungelernte Arbeiter/innen zwischen 1998 und 2018, so zeigt sich, dass sich der gewerkschaftliche Kampf ausgezahlt hat.

Entwicklung GAV-Mindestlöhne für Beschäftigte ohne Lehre, in CHF, alle Löhne x13

Branche	1998	2004	2010	2018
Coop	2400-2700*	3300	3700	3900
Gastgewerbe	2350	3120	3383	3435
Baugewerbe*	3390-3610	3915-4040	4330-4462	4413-4548
Textilindustrie	2365	3050	3285	3500

* Regional unterschiedliche Mindestlöhne

Mit diesen Kampagnen für einen würdigen Mindestlohn auf nationaler Ebene und in mehreren Kantonen sowie dank Fortschritten bei den Gesamtarbeitsverträgen haben wir es also geschafft, die tiefsten Löhne deutlich zu verbessern. Dieser Erfolg hat auch mit der verbesserten Vertragsabdeckung zu tun – auch dies eine Ausnahme im europäischen Quervergleich. Heute sind knapp die Hälfte aller Arbeitnehmenden in der Schweiz einem Gesamtarbeitsvertrag mit Mindestlohn unterstellt – neu bzw. erst seit relativ kurzer Zeit zum

Beispiel im Personalverleih, in der MEM-Industrie oder bei den Tankstellenshops. In Tieflohnbranchen mit allgemeinverbindlich erklärten GAV sind die Löhne schrittweise angehoben worden, so besonders im Gastgewerbe, im Coiffeurgewerbe, im Detailhandel und in der Reinigung.

Mindestlöhne, beispielsweise beim GAV-Betrieb Coop, haben eine Signalwirkung für die gesamte Branche, in diesem Fall für den Detailhandel. So haben in den letzten Jahren Unternehmen wie Manor, Lidl und auch Aldi die Steigerung bei den tiefsten Löhnen teilweise nachvollziehen müssen. Deshalb sind Mindestlöhne für die Verbesserung der Situation von Tieflohnempfänger/innen ein wirksames Mittel. Dies zeigt sich auch bei der – leicht sinkenden – Quote jener Personen, die trotz Erwerbsarbeit von Armut betroffen sind. Die Armutsgefährdungsquote (50% des Medians) betrug 2007 4,3% und 2016 4,0%. Folgerichtig sollen die Mindestlöhne verstärkt werden. In drei Kantonen ist ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt worden und die SGB-Gewerkschaften wollen einen gesetzlichen Mindestlohn in weiteren Kantonen einführen.

Nachholbedarf bei Frauenlöhnen und in kritischen Tieflohnbranchen

Nur das Engagement der Gewerkschaften und die kontinuierliche Verbesserung der Mindestlöhne in den GAV haben also in den vergangenen Jahren eine lohnpolitische Verschlechterung mit unabsehbaren sozialen Folgen verhindert.

Die Tabelle zeigt allerdings auch: In den letzten Jahren gab es nur noch bescheidene Fortschritte im Tieflohnbereich. Zudem gibt es stark wachsende Tieflohnbranchen wie etwa die Logistik, in der es keine GAV gibt und die Löhne vieler Menschen nicht zum Leben reichen. Besonders verletzlich bleiben die temporär angestellten Arbeitnehmenden im Personalverleih. Zudem bleibt die skandalöse Tatsache, dass Frauen knapp 20 Prozent weniger verdienen als Männer. Es braucht hier Massnahmen zur Verbesserung der beruflichen Stellung der Frauen, bessere Kontrollmöglichkeiten, aber auch schlicht und ergreifend Lohnerhöhungen für Frauen, damit die in der Verfassung verankerte Lohngleichheit endlich Realität wird.

Einkommensschere geht weiter auf

Trotz der relativen Verbesserung im Tieflohnbereich, zeigt der Verteilungsbericht 2018 vor allem Unerfreuliches: Für die grosse Mehrheit der Menschen gab es seit dem Jahr 2000 keinen Einkommensfortschritt mehr. Das verfügbare Einkommen ist für Menschen mit tiefem Einkommen immer noch fast gleich hoch wie vor 18 Jahren, für jene mit mittlerem Einkommen ist es nur leicht gestiegen. Der Hauptgrund ist die stark gestiegene Prämienlast bei der Krankenversicherung und der Rückgang bei den Prämienverbilligungen. Kurz: Prämien, Abgaben, Steuern und Mieten fressen die Lohnfortschritte auf. Das gilt verstärkt ausgerechnet für langjährige Mitarbeitende, welche nur sehr magere Lohnzuwächse erhalten haben, wie der Verteilungsbericht zeigt.

Die Topverdiener haben hingegen heute fast 4'000 Franken pro Monat mehr in der Tasche als zu Beginn des Jahrtausends. Die Einkommensschere zwischen tiefen, normalen und hohen Einkommen hat sich also weiter geöffnet. Dies ist ein Problem für den sozialen Zusammenhalt in diesem Land. Hier müssen wir dringend ansetzen. Es braucht höhere Krankenkassen-Prämienverbilligungen, so dass niemand mehr als 10 Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens für die Krankenkassenprämien ausgeben muss. Vor allem aber braucht es eine massive Verbesserung der tiefen und mittleren Löhne, denn hier schlagen steigende Mieten, explodierende Krankenkassenprämien und neuerdings auch die wieder anziehende Teuerung voll durch. In den diesjährigen Lohnverhandlungen fordern wir darum generelle Lohnerhöhungen von 2 bis 2,5 Prozent. Und gibt es keine Verbesserung für die langjährigen Mitarbeitenden, werden wir vermehrt auf höhere Qualifikations- und Erfahrungsmindestlöhne in den GAV setzen müssen. Das sind keine Luxus-Forderungen, sondern dringend notwendige lohnpolitische Schritte, um die verhängnisvolle Öffnung der Einkommensschere zu bremsen.

MEDIENKONFERENZ VOM 25. OKTOBER 2018

Ergebnisse und Schlussfolgerungen des SGB-Verteilungsberichtes 2018

Lohnerhöhungen und gerechtere Steuer- und Abgabenpolitik nötig

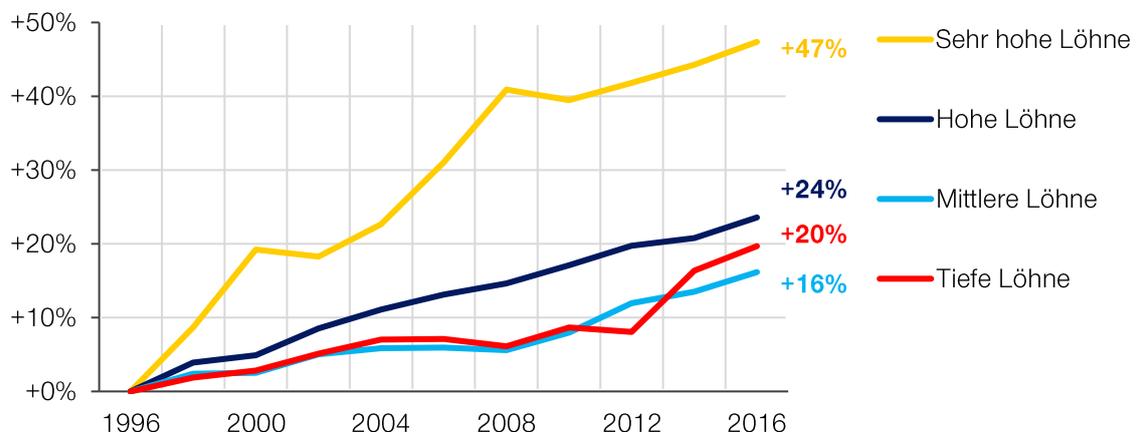
Dieser Text fasst die wichtigsten Ergebnisse des SGB-Verteilungsberichtes zusammen und fordert Massnahmen zur Verbesserung der Einkommenssituation der unteren und mittleren Einkommen. Detaillierte Informationen sowie die Erläuterungen finden sich u.a. auf www.verteilungsbericht.ch.

1. Gewerkschaftliche Lohnerfolge in den letzten 20 Jahren – ungenügende Lohnentwicklung in jüngerer Zeit

Die gewerkschaftliche Lohnpolitik ab der zweiten Hälfte der 1990er Jahre hat viele Erfolge vorzuweisen. Dank den Mindestlohnkampagnen und den Fortschritten bei den Gesamtarbeitsverträgen sind die unteren Löhne deutlich gestiegen – im Unterschied zu vielen anderen Ländern in Europa. Und trotz Finanzkrise und Frankenüberbewertung erhöhten sich die Löhne insgesamt. Die von Arbeitgeberkreisen angedrohten Lohnsenkungen konnten die Gewerkschaften verhindern. Negativ ist hingegen, dass die oberen und obersten Löhne deutlich stärker stiegen. Die Lohnschere ist auch in der Schweiz aufgegangen. Heute gibt es in der Schweiz rund 14'000 Personen mit einem Lohn von einer halben Million Franken und mehr – gegenüber rund 3000 Mitte der 1990er Jahre.

Kumuliertes Lohnwachstum nach Lohnklasse seit 1996

(Privatwirtschaft, real)

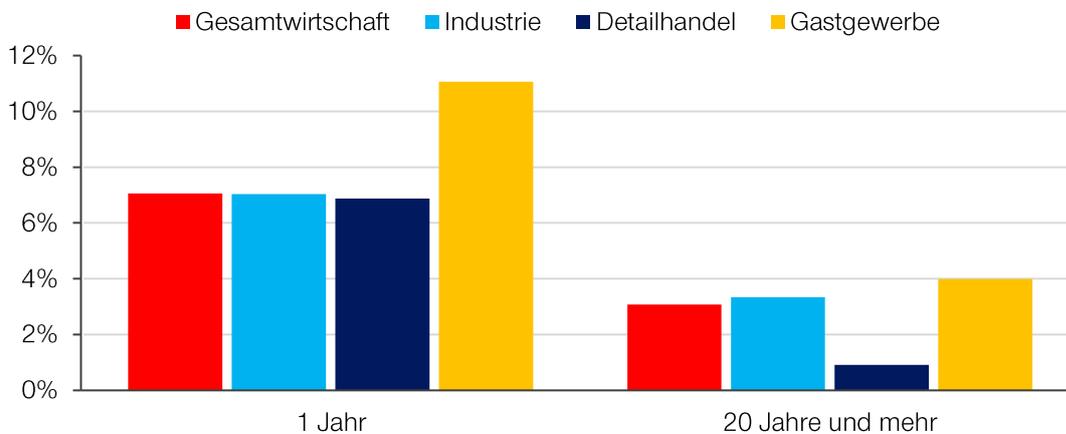


Quelle: BFS. Lohnstrukturerhebung; Bemerkung: Wert für das oberste und die obersten 10 Prozent 2012-2016 mit dem Einkommenswachstum der entsprechenden Einkommensklassen der AHV-Statistik genähert

Mitarbeitende mit langer Betriebszugehörigkeit erhielten in den Krisenjahren jedoch weit weniger Lohnerhöhungen. In Gesprächen mit Personalkommissionen in der Maschinenindustrie kommt klar zum Ausdruck, dass die Lohnstruktur in zahlreichen Betrieben mittlerweile völlig aus dem Lot ist.¹ Dies rächt sich später auch bei der Pensionskassenrente – vor allem bei den Ü55. Wenn der Lohn stagniert, stagnieren auch die Beiträge. Dazu kommt die tiefere Verzinsung der Altersguthaben in den letzten Jahren. Im Rentenalter sind vor allem die Ü55 die Leidtragenden der stark gesunkenen Umwandlungssätze.

Lohnwachstum nach Dienstalter 2010-2016: Total und ausgewählte Branchen

(Medianlohn)



Quelle: BFS. Lohnstrukturerhebung

Die Frauenlöhne haben gegenüber den Männerlöhnen in den letzten Jahren etwas aufgeholt. Auch weil auf Druck der Gewerkschaften in den Branchen und Betrieben sowie beim Bund Gegenmassnahmen ergriffen wurden. Der Lohnunterschied ist mit rund 17 Prozent aber nach wie vor beträchtlich.

Lohnpolitisch ein Fehlstart war der 2016 einsetzende Wirtschaftsaufschwung. Trotz höheren Gewinnen und vermehrtem Arbeitskräftemangel wehrten sich viele Arbeitgeber mit Kräften gegen die fälligen Lohnerhöhungen. Die sehr bescheidenen Nominallohnerhöhungen wurden von der Teuerung mehr als weggefressen. Die Reallöhne sinken leicht.

Nominallohnwachstum und Teuerung

(Veränderung geg. Vorjahr)

	2017	2018
Nominallohnindex BFS	0.4	0.8*
Landesindex der Konsumentenpreise BFS	0.5	1.0**

* 1.Halbjahr 2018; ** Prognose SGB

¹ So sollen gewisse Neueingestellte teilweise sogar mehr Lohn erhalten als ihr Vorgesetzter. Diese nach Betriebszugehörigkeit unterschiedliche Lohnentwicklung ist eine Besonderheit der Schweiz, die sich zu einem nennenswerten Teil mit der Frankenüberbewertung erklären lässt. Die Firmen haben auf Kosten der langjährigen MitarbeiterInnen Personalkosten gespart. In Baden-Württemberg sind die Löhne der MitarbeiterInnen mit höherem Dienstalter gemäss der „Verdienststrukturerhebung“ wesentlich stärker gestiegen.

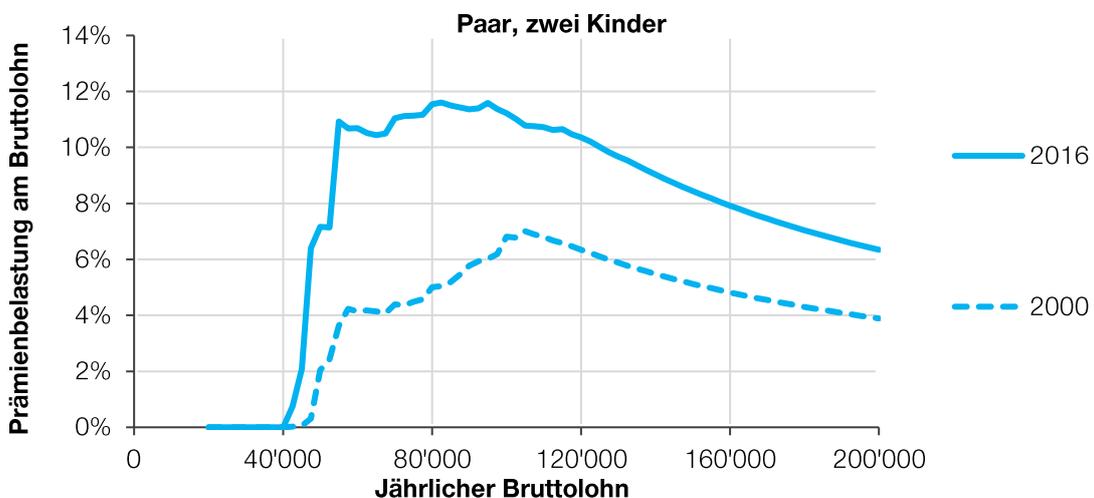
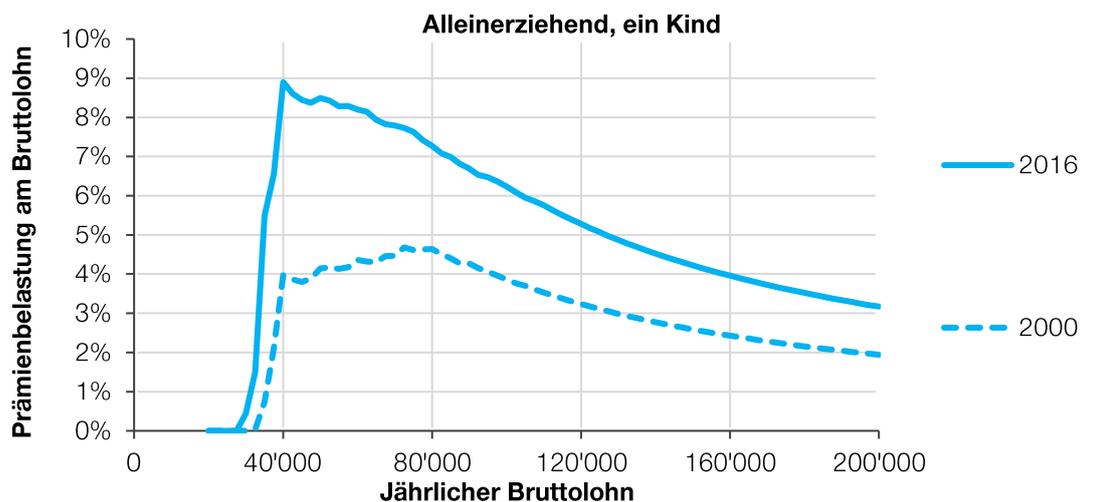
2. Steuer- und Abgabenpolitik auf Kosten der Normalverdienenden

Die Schweizer Steuer- und Abgabenpolitik in den letzten 15 bis 20 Jahren war im Interesse der Oberschicht. Haushalte mit tiefen und mittleren Einkommen wurden jedoch deutlich stärker zur Kasse gebeten. Die bedeutenden Lohnfortschritte wurden durch diese unsoziale Politik zu einem beträchtlichen Teil zunichte gemacht.

Die obersten Einkommen profitierten vor allem von den Einkommenssteuersenkungen in nahezu allen Kantonen. Die übrigen Haushalte leiden hingegen immer stärker unter den Krankenkassenprämien. Die Durchschnittsprämien haben sich seit 1997 mehr als verdoppelt, während die Prämienverbilligungen zur Abfederung der Prämienlast hingegen um nur rund ein Drittel stiegen (pro Kopf, ohne Sozialhilfe und EL). Unter dem Strich hat sich die Prämienbelastung für Haushalte mit tiefen und mittleren Einkommen seit dem Jahr 2000 teilweise mehr als verdoppelt!

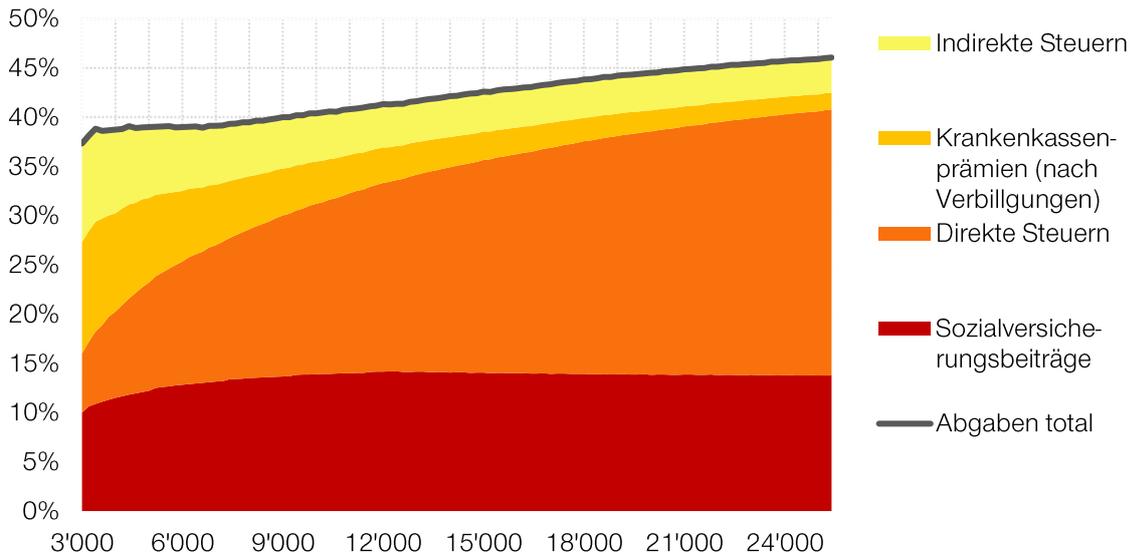
Belastung der Haushalte durch Krankenkassenprämien

(nach Prämienverbilligungen, in % des Bruttolohnes)



Diese Entwicklung hat die Progression des Schweizer Steuer- und Abgabensystems zu einem beträchtlichen Teil gebrochen. Die Belastung einer alleinstehenden Person durch Steuern und Abgaben wird mehr und mehr proportional statt progressiv.

Belastung einer alleinstehenden Person durch Steuern und Abgaben (in Prozent des Bruttolohnes, 2016)



3. Massnahmen für eine einkommenspolitische Wende

Damit sich die Einkommenssituation der Normalverdienenden verbessert und die Abgabenpolitik in der Schweiz wieder ihre Ausgleichsfunktion übernimmt, braucht es folgende Massnahmen:

- Lohnerhöhungen von 2 bis 2.5 Prozent in der laufenden Lohnrunde. Lohnerhöhungen braucht es insbesondere bei langjährigen Mitarbeitenden und Frauen.
- Massnahmen zur Beseitigung der Frauen-Lohndiskriminierung (Kontrollen, Sanktionen) sowie zur Verbesserung der beruflichen Stellung der Frauen.
- Mehr Gesamtarbeitsverträge mit guten Mindestlöhnen. Prioritär sind der GAV Journalismus dt. Schweiz und die Ausdehnung des GAVs in der Sicherheitsbranche auf die kleinen Firmen, die vor allem vom Departement Schneider-Ammann blockiert wird.
- Abbau der hohen gesetzlichen Hürden bei der Allgemeinverbindlich-Erklärung von Gesamtarbeitsverträgen (insb. das Arbeitgeberquorum). Beispielsweise über das von den Arbeitgebern der Romandie vorgeschlagene „Quorum coulissant“.
- Beschränkungen der Temporärarbeit (insbesondere bei öffentlichen Aufträgen) sowie die Pflicht, Temporärangestellte wie Festangestellte zu entlohnen („Equal pay“).
- 13. Monatslohn für alle. Beispielsweise haben viele Angestellte in der Branche der persönlichen Dienstleistungen (Kosmetik, Coiffeure u.a.) nach wie vor keinen 13ten.

- Ausreichend hohe staatliche Mindestlöhne wie die vorgeschlagenen 23 Fr. im Kt. Genf. Erhöhung des von Postregulator Hollenstein erlassenen „Dumping-Mindestlohns“ von 18.27 Fr. auf über 22 Fr. , damit der Onlinehandel nicht zu Lohndruck führt.
- Beschränkung der Saläre in öffentlichen Betrieben auf 500'000 Fr./Jahr.
- Mehr Krankenkassen-Prämienverbilligungen, so dass niemand mehr als 10 Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens für die Krankenkassenprämien ausgeben muss.
- Korrektur der kantonalen Steuersenkungen für hohe Einkommen.